Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn

André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 24./25. Juni / 2. Juli 2025

Die Sommersession startete mit einer Seltenheit: Der Regierungsrat hielt eine offizielle «Regierungserklärung», was es gemäss Ratssekretär das letzte Mal vor 30 Jahren gegeben hat. Auslöser war, dass der Regierungsrat den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) gekündigt hat. Dies mit dem Ziel, das inzwischen etwas starre Konstrukt neu auszuhandeln und die bestehenden Mängel zu beseitigen. Die Folge war eine rund einstündige Debatte, bei welcher alle Fraktionen ihren Kropf dazu leeren konnten. Während Mitte/FDP/SVP den Schritt begrüssten und die Chancen sehen, haben die Linken Angst, dass sich damit die Arbeitsbedingungen für die Kantonsangestellten verschlechtern.

Obwohl es sich bei der Individualbesteuerung um einen Beschluss auf nationaler Ebene handelt, betrifft diese geplante Änderung, welche National- und Ständerat vor Kurzem beschlossen haben, vor allem die Kantone. Aus diesem Grund haben wir in der Finanzkommission (FIKO) das Thema ausführlich besprochen. Konkret ging es in einem ersten Schritt um die Frage der Folgen für den Kanton Solothurn. Diese wären enorm: Mehrkosten und Mindereinnahmen in Millionenhöhe. Als «finanzielles Gewissen» vom Kanton haben wir als FIKO daher einen dringlichen Auftrag für die Ergreifung des Kantonsreferendums eingereicht. Der Bund soll beim Gesetz nachbessern.

Im Kantonsrat musste der Auftrag zuerst die «Dringlichkeitshürde» schaffen. Da das Kantonsreferendum rasch, d.h. innert 100 Tagen eingereicht werden müsste, ist die Dringlichkeit eigentlich offensichtlich – müsste man meinen. Nicht so für die linken Parteien. Sie lehnten die Dringlichkeit ab und offenbarten, dass sie nicht zwischen der Dringlichkeit auf der einen Seite und dem Inhalt auf der anderen Seite differenzieren wollten. Ihr Ziel, den Auftrag bereits bei der Dringlichkeitshürde scheitern zu lassen, schlug aber fehl. Die nötige 2/3-Zustimmung für die Dringlicheit wurde gleichwohl (wenn auch knapp) erreicht.

Somit kam es dann am letzten Sitzungstag zur Debatte. Als FIKO-Sprecher zeigte ich sachlich auf, welche finanziellen Folgen auf den Kanton Solothurn zukommen würden. In einer Zeit, in der der Kanton ein Massnahmenpaket schnürte und an diversen Orten Budgetkürzungen vorgenommen hat, ist ein solches «Bürokratiemonster» völlig fehl am Platz – dies insbesondere deshalb, weil man das Problem, um das es auf Bundesebene primär geht – nämlich die Abschaffung der Heiratsstrafe – viel einfacher und kostengünstier umsetzen könnte.

In der Debatte gab es dann wenige sachliche und deutlich mehr ideologische Voten. Linke und Liberale wollen das Anliegen unter allen Umständen durchbringen – koste es, was es wolle (im wahrsten Sinne des Wortes). Unter vorgehaltener Hand hätten insbesondere FDP- und GLP-Vertreter im Sinne eines effizienten Staates durchaus Sympathie für das Kantonsreferendum gehabt. Schliesslich sind es auch sie, die auf kantonaler Ebene bei jeder Gelegenheit eine Plafonierung der Stellen fordern. Da verträgt es eine Gesetzesänderung, die 20 bis 25 zusätzliche Stellen nötig machen, eigentlich nicht. Der Druck von ihren nationalen Mutterparteien war aber offenbar zu gross, so dass sich schlussendlich – bis auf eine Person – niemand von ihnen getraute, den Ja-Knopf zu drücken. Dadurch wurde der FIKO-Antrag mit 45:50 knapp abgelehnt und der Kanton Solothurn schickt kein Kantonsreferendum nach Bern. Das Hauptziel aber, nämlich das Bewusstmachen auf die grossen Nachteile dieser Vorlage, haben wir dennoch erreicht.

Im Juni wird jeweils auch der Geschäftsbericht des Vorjahres beschlossen. Dieser gab für einmal nicht allzu viel zu diskutieren, was insbesondere auf das erzielte Resultat zurückzuführen sein dürfte: Statt eines budgetierten Ausgabenüberschusses von 112 Mio. Franken schloss die Rechnung 2024 mit «nur» 9 Mio. Franken im Minus.

In Kürze
Die Sommersession war die letzte Session vor dem Regierungsratswechsel. So wurden die beiden Regierungsräte Remo Ankli (FDP) und Brigitte Wyss (Grüne) verabschiedet und Sibylle Jeker (SVP) und Mathias Stricker (SP) neu als Regierungsräte vereidigt.

Die nächste Session findet am 2./3./10. September 2025 statt.

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

André Wyss

Persönlich

Fraktionssprecher war ich bei der **Jahresrechnung 2024**, sowie bei ein paar **Aufträgen**, die verlangten, dass ein Teil der bereits beschlossenen Massnahmen im Rahmen vom Massnahmenplan wieder sistiert werden.

Kommissionssprecher war ich beim Geschäft **«Kürzung des STAF-Ausgleichs»**. Wesentlich beteiligt war ich beim **FIKO-Auftrag zum Kantonsreferendum gegen die Individualbesteuerung** und dadurch dort ebenfalls Kommissionssprecher.